

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie** der Stadt Burgdorf am **29.05.2017** im Sitzungssaal des Rathauses I, Marktstraße 55

18.WP/A-JuF/003

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:20 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: Vorsitzende

Gersemann, Christiane

Mitglied/Mitglieder

Birgin, Gurbet
Knauer, Detlef - ab 17.19 Uhr/TOP 4 -
Meinig, Birgit
Nijenhof, Rüdiger
Wichmann, Christiane

Grundmandatar/e

Gross, Christine - bis 19.09 Uhr/TOP 8 -

Stimmberechtigtes Mitglied

Ev. Kirche
Härtel, Andreas
Lehrke-Ringelmann,
Doris
Scher, Olaf
von Oettingen, Gero

Beratende/s Mitglied/er

Vertreterin Kinderschutz-
bund
Kath. Kirche
Bruns, Andrea
Karras, Martin
Kugel, Michael
Ruhkopf, Susanne
Richter
Stadtjugendpfleger
von Tiling, Klaus - bis 18.43 Uhr/TOP 7 -
Witte, Bernd

Verwaltung

Leiter der Jugendhilfeabtei-
lung
Niemann, Jens
Leiterin der Jugendverwal-
tungsabteilung
Raue, Nicole
Szramka, Monika

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 27.02.2017
3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Jugendhilfeangelegenheiten

4. Bestandsaktualisierung der Angebote für Kinder, Jugendliche und junge Familien
Vorlage: 2017 0245
5. Zuschüsse an Jugendgruppen
Vorlage: 2017 0263

Familienangelegenheiten

6. Errichtung einer Jugendvertretung in der Stadt Burgdorf;
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf, gestellt von Herrn Lukas Kirstein, vom 16.02.2017 -
Vorlage: 2017 0176
7. Einrichtung einer Jugendpolitischen Werkstatt;
- Antrag der SPD - B'90/Die Grünen - Die Linke vom 08.05.2017 -
Vorlage: 2017 0250
8. Neufassung der Satzung für die Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2017 0243

Familienangelegenheiten/Jugendhilfeangelegenheiten

9. Kindertagesstätte Ramlingen-Ehlershausen - Betreuungszeitausweitung
Vorlage: 2017 0242
10. Kindertagesstätte Südsterne - Erweiterung des Hortangebotes
Vorlage: 2017 0253
11. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
- 11.1. Anfrage gemäß Geschäftsordnung zur Betreuungs- und Bedarfssituation in der Kindertagesstätte Otze, Anfrage der CDU-Fraktion im Ortsrat Otze
Vorlage: 2017 0247
- 11.2. Anfrage gemäß Geschäftsordnung zu den Auswirkungen einer generellen Beitragsbefreiung für Kindergartenkinder, Anfrage der CDU Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2017 0252
12. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

./.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Gersemann eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder sowie die beratenden Mitglieder, die Vertreterin der Presse und die Verwaltung sowie die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner.

Die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

Frau Gersemann bittet darum, den Tagesordnungspunkt **4** abzusetzen, da Herr Dr. Nieberg krankheitsbedingt nicht zur Sitzung erscheinen kann.

Herr Kugel verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass die Präsentation durch Herrn Dr. Nieberg am Mittwoch, 14.06.2017 um 15.30 Uhr im Ratssaal des Schlosses am Spittaplatz erfolge und bittet um zahlreiches Erscheinen. Die Einladung der Netzwerkoordinatorin, **Frau Beil**, zu dieser Veranstaltung werde dem Protokoll in der Anlage beigefügt und den Ausschussmitgliedern eine gesonderte Einladung zu einer Ausschusssitzung zugehen.

Frau Gersemann bittet darum, den Tagesordnungspunkt **5** zu vertagen, da die Vorlage noch in Bearbeitung sei.

Es gebe zudem einen Dringlichkeitsantrag der AfD hinsichtlich des Tagesordnungspunktes 8 (neu). Der Ausschuss ist sich einig, dass dieser Antrag als Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt 8 behandelt werde.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 27.02.2017

Herr Nijenhof bittet darum, die Protokolle mit der Einladung zu verlinken. Die Verwaltung sagt die Verlinkung für künftige Einladungen zu.

Der Ausschuss genehmigt das Protokoll einstimmig.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

a) **Frau Raue** teilt mit, dass die eingegangenen Kitaplatzanmeldungen für das Kindergartenjahr 2017/2018 weitestgehend verarbeitet seien. Für den Kindergartenbereich werde davon ausgegangen, dass allen Anmeldungen bis einschließlich Januar 2018 entsprochen werden könne. Allerdings könne nicht in allen Fällen ein Platz in der Wunsch-Kindertagesstätte angeboten werden, was in Einzelfällen zu starkem Unmut bei der betroffenen Elternschaft geführt habe.

Ab dem 01.02.2018 könnten voraussichtlich keine Kindergartenkinder

mehr aufgenommen werden. Für den Zeitraum vom 01.02.2018 bis 31.07.2018 lägen noch rund 100 Anmeldungen vor. Hiervon würden 55 Kinder in der Krippe betreut. Es müsse nun mit den einzelnen Trägern geklärt werden, ob diese Kinder bis zum 01.08.2018 in der jeweiligen Krippe verbleiben könnten. Wäre dies der Fall, müssten rund 45 Kinder bis zum 01.08.2018 auf einen Betreuungsplatz warten.

Bis zum Ende des kommenden Kindergartenjahres lägen zudem noch rund 80 offene Krippenplatzanmeldungen vor. Im Tagespflegebereich konnte das mit der Bedarfsplanung gesetzte Ziel, die Tagespflegeplätze stabil zu halten und auf rund 85 Plätze anzuheben, bereits verwirklicht werden. 4 Tagespflegepersonen haben kürzlich ihre Prüfung bestanden. Zum 01.08.2017 werde das Tagespflegeangebot auf rund 100 Plätze angehoben werden können. Darüber hinaus würden derzeit Gespräche mit weiteren interessierten angehenden Tagespflegepersonen geführt, u.a. mit einer Großtagespflegestelle. Die Gespräche müssten allerdings zunächst abgewartet werden. Abhängig vom Anmeldedatum einerseits und dem Alter der angemeldeten Krippenkinder würde den Eltern nach und nach alternativ ein Tagespflegeplatz angeboten. Von den 80 genannten Krippenanmeldungen seien bereits rund 20 Eltern angeschrieben worden.

Das Familienzentrum mit 75 neuen Kindergarten- und 30 Krippenplätzen solle zum 01.08.2019 eröffnet werden. Parallel würden derzeit im Haus Gespräche zur Verwirklichung eines Kindertagesstättenneubaus in der Weststadt mit 50 neuen Kindergartenplätzen und 30 Krippenplätzen geführt. Insbesondere die Standortfrage werde derzeit intensiv diskutiert.

Eine Interimslösung zur schnellstmöglichen Deckung des Bedarfs sei aus Sicht der zuständigen Fachabteilungen im Hause in finanzieller und zeitlicher Hinsicht nicht darstellbar. Für die Umsetzung einer Interimslösung seien die gleichen zeitlichen und finanziellen Ressourcen zu veranschlagen.

Frau Gersemann freut sich über den Zuwachs an Kindern in Burgdorf, bedauert aber zugleich, dass nicht allen Eltern zum gewünschten Aufnahmezeitpunkt ein Platz angeboten werden könne.

b) **Herr Witte** teilt mit, dass der Kinderschutzbund in Ehlershausen die Einrichtung einer Ferienbetreuung beabsichtige.

c) Am 09.06.2017 finde die Preisverleihung des Literaturwettbewerbes statt.

d) Am 11.06.2017 feiere Burgdorf wieder das beliebte Kinderfest im Stadtpark und der Culturcircus öffne ebenfalls seine Türen.

e) Das Südstadt-Bistro feiere am 26.08.2017 sein 20jähriges Bestehen. Vorab würden noch Malerarbeiten im Haus und an der Außenfassade vorgenommen.

f) Auch das Außengelände des FaN-Hauses Otze würde derzeit neu gestaltet. Dort seien am 19.08.2017 Feierlichkeiten zur Einweihung des Außengeländes sowie des 30jährigen Bestehens geplant. Zu allen Veranstaltungen sei der Ausschuss herzlich eingeladen.

g) **Herr Kugel** merkt an, dass es bei der Stellenbesetzung „Frühe Hilfen“ bei der Übertragung zu einem Fehler gekommen sei. In der Vorlage sei von 18 Wochenstunden die Rede gewesen; man beabsichtige aber eine halbe Stelle mit 19,5 Wochenstunden auszuschreiben. Es werde um Freigabe gebeten. Der Ausschuss stimmt einer entsprechenden Stellenbesetzung mit 19,5 Wochenstunden zu.

h) **Herr Kugel** berichtet im Auftrag von **Frau Pape** davon, dass das Bündnis für Familien am 15.05.2017 sein 10jähriges Bestehen gefeiert habe. Zahlreiche Bündnismitglieder hätten sich im Rahmen einer Infobörse präsentiert, die sie gleichzeitig zum Fachkräfteaustausch genutzt hätten. Nach anerkennenden Worten des Bürgermeisters und der Ausschussvorsitzenden hätten Schülerinnen und Schüler des 3. Jahrgangs der Grundschule I kreativ durch 10 Jahre Bündnisgeschichte geführt. Der Vortrag zum Thema frühkindliche Bindung sei von Fachkräften und Eltern gleichermaßen gut angenommen worden. Die gelungene Veranstaltung sei durch Rückmeldungen an die Bündniskoordinatorin gestärkt worden. Ein Rückblick auf 10 Jahre Bündnisarbeit sei zum Nachlesen dem Protokoll angehängt.

Frau Gersemann ergänzt, dass die Broschüre von **Frau Pape** in Kürze auch ins Internet zum Nachlesen gestellt werde.

Jugendhilfeangelegenheiten

4. Bestandsaktualisierung der Angebote für Kinder, Jugendliche und junge Familien
Vorlage: 2017 0245

- vertagt -

5. Zuschüsse an Jugendgruppen
Vorlage: 2017 0263

Herr Witte erläutert die Vorlage.

Frau Wichmann erkundigt sich nach dem Grund, warum die einzelnen Zuschüsse prozentual zwischen 28 und 33 % des angemeldeten Bedarfs schwanken und ob ein einheitlicher Satz sinnvoll sei.

Herr Witte erläutert, dass die einzelnen Gruppen die Zuschüsse mit ihm durchsprächen und gerundete Beträge erhielten. Bislang sei keine Beanstandung zu verzeichnen gewesen.

Herr Nijenhof spricht sich dafür aus, die marginalen Unterschiede und den damit verbundenen Spielraum zu belassen. Die Gruppen würden auch nicht sämtlichen Bedarf anmelden.

Frau Gersemann bittet um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss:

Den nachfolgend aufgelisteten Gruppen wird der jeweilige Zuschuss gewährt.

Jugendgruppen	Maßnahme	Kosten der Maßnahme	Zuschuss
Fanfarencorps Wikinger	Vereinsheimunterhaltung		150,00
Pfadfinder Burgdorf	Vereinsheimunterhaltung		500,00
Falken Burgdorf	Kickertisch	ca. 870	250,00
Briefmarkenfreude	Drucker, Album, Hauptkatalog	ca. 270	100,00
Pankratius-Jugendgruppe	Westerngitarre	ca. 420	150,00
Sport- u. Schützenverein Schillerslage	Bogensport-AG	ca. 1.200	400,00
DLRG-Jugend	Musikbox, Kühlbox	ca. 300	100,00
Jugendfeuerwehr	Zelthaut	ca. 1.700	500,00

Familienangelegenheiten

- 6. Errichtung einer Jugendvertretung in der Stadt Burgdorf;
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf, gestellt von
Herrn Lukas Kirstein, vom 16.02.2017 -
Vorlage: 2017 0176**
-

Es besteht Einvernehmen, dass Tagesordnungspunkt 6 und 7 gemeinsam beraten werden.

- 7. Einrichtung einer Jugendpolitischen Werkstatt;
- Antrag der SPD - B'90/Die Grünen - Die Linke vom 08.05.2017 -
Vorlage: 2017 0250**
-

Timo Hartwich stellt in Vertretung von **Lukas Kirstein** den Antrag der CDU vor. Er hebt hervor, dass bei einer Wahl nicht nur die politisch Interessierten, sondern alle Jugendlichen gefragt seien. Diese lernten damit hautnah, wie Demokratie funktioniert und sich selber zu organisieren.

Arne Hinz führt für die SPD/Bündnis 90/Die Grünen/Die Linke die Erläuterungen zum Antrag aus. Leider sei die anfangs gemeinsam geplante Aktion der Jugendlichen abgebrochen worden. Er weist darauf hin, dass sich viele Jugendliche von Wahlen abschrecken lassen würden, da diese eine längere Zeit des Engagements mit sich brächten, die nicht von jeder/jedem zu leisten wäre. Der Workshop-Gedanke sei den Jugendlichen näher zu bringen.

Frau Gersemann bedankt sich für beide Ausführungen. Burgdorf könne sich glücklich schätzen, dass die Jugend politisch so interessiert und engagiert sei.

Frau Meinig fragt, warum es einer jugendpolitischen Werkstatt nicht möglich sei, alle Jugendlichen – ob organisiert oder nicht – anzusprechen.

Herr Hartwich verweist auf den Vorteil, dass sich bei einer Jugendvertretung jeder Jugendliche aufstellen lassen könne, der Interesse hieran habe. Mit ausreichenden Stimmen sei dieser im Jugendrat vertreten.

Frau Wichmann möchte wissen, wie sich die Jugendlichen vor Rechts- oder Linksextremismus schützen wollen.

Herr Hartwich und **Herr Hinz** sind der Überzeugung, dass sich hierfür keine Mehrheit finden würde.

Herr Nijenhof kann aus eigener Erfahrung als Jugendparlamentsvorsitzender berichten, dass eine starke Legitimation, großes Engagement und Neutralität die Fundamente der jugendpolitischen Arbeit seien. Konflikte zwischen einzelnen Gruppierungen seien unangebracht. Es gelte, einen Kompromiss beider Interessenvertreter zu finden.

Herr Knauer lobt das Engagement der Jugendlichen. Beide Interessenvertreter hätten wertvolle Ansätze, Demokratie lebendig zu leben. Im Grunde seien diese gar nicht so verschieden. Auch er spreche sich für einen Kompromiss beider Lösungen aus.

Herr Hinz verweist auf die Experimentierfähigkeit der Werkstatt. Es ergäbe sich keine lange starre Amtszeit.

Herr Hartwich macht darauf aufmerksam, dass die Periode nur ein Jahr betrage und jeder Jugendliche jederzeit Anträge stellen könne. In einer jugendpolitischen Werkstatt bestehe die Gefahr, dass sich das Interesse verlaufe.

Frau Birgin stellt fest, dass die Selbstmotivation von Jugendlichen in einer Werkstatt tatsächlich schwer sei. Eine Langfristigkeit zu gewährleisten, sei das Risiko.

Frau Gross lobt beide Anträge und bedankt sich für den Einsatz beider Gruppierungen. Eine Mischung beider Ideen sei aus ihrer Sicht die ideale Lösung.

Frau Wieker, Koordinatorin des Mehrgenerationenhauses Burgdorf e.V., hält die jugendpolitischen Aktivitäten ebenfalls für sehr begrüßenswert. Die Jugendlichen hätten über die Wahl ihrer Klassensprecherin/Klassensprecher bereits erste demokratische Erfahrungen gemacht. Fraglich sei, wie diese weiter motiviert werden könnten.

Herr Hinz bekräftigt, dass es schwer sei, Jugendliche zu politischem Engagement zu motivieren. Man könne nicht abschätzen, wie das Angebot von Jugendlichen angenommen werde.

Herr Hartwich befürchtet, dass sich in einer Werkstatt eher ältere Jugendliche angesprochen fühlen würden.

Ein Jugendlicher aus dem Zuschauerraum stellt heraus, dass beide Gruppierungen Jugendliche zum Mitmachen einladen. Bei gewählten Vertretern sei ein gesicherter Kern vorhanden, während es beim Werkstattgedanken leicht passieren könne, dass das politische Engagement sich verlaufe. Er halte eine Kompromisslösung für die optimale Lösung. Es müsse einen festen Kern geben, der andere zum Mitmachen motiviere.

Herr von Oettingen zeigt sich begeistert von der Diskussion. Er spreche sich dafür aus, nicht über die Anträge abzustimmen, sondern beide Gruppierungen um einen gemeinsamen Antrag zu bitten.

Herr Knauer befürwortet dies. Die Zeitschiene sei nicht entscheidend. Es liege an den Jugendlichen, sich eine Stimme zu verschaffen. Über die Stadt könnten Einladungen an Vereine und andere Institutionen versandt werden, um den weiteren Werdegang auszuloten.

Frau Gersemann kritisiert, dass damit den Jugendlichen die Aktivität aus der Hand genommen würde. Sie sollten sich selber engagieren, um politisch etwas zu erreichen.

Herr Nijenhof spricht sich für das Ziel aus, dass Jugendliche eine vergleichbare Stimme erhielten wie der Seniorenrat. Es könne beispielsweise ein vierteljährliches Treffen erfolgen. Die daraus entstehenden Beschlüsse könnten von der gewählten Vertretung vorgetragen werden.

Ein weiterer Jugendlicher aus dem Zuschauerraum spricht sich ebenfalls für ein derartiges Gremium aus. Bei einer Auftaktveranstaltung könne ermittelt werden, ob sich genug Jugendliche fänden, die Interesse an der politischen Arbeit hätten.

Herr Hartwich greift die Idee des Kooperationsangebotes von **Frau Groß** auf. Schuldzuweisungen aufgrund alter Zwistigkeiten seien unangebracht. Man sollte aufeinander zugehen und einen Kompromiss erarbeiten.

Herr Hinz gibt zu bedenken, dass er nicht für seine Gruppe entscheiden könne, da ein Mitglied fehle.

Frau Gersemann lobt das Ergebnis der Diskussion, die eine Bereitschaft der Zusammenarbeit erkennen ließe. Eine Abstimmung über die Anträge beider Gruppierungen sei demnach nicht nötig. Vielmehr sollte den Gruppierungen Zeit zum gemeinsamen Gespräch über die weitere Vorgehensweise gegeben werden. In der nächsten Sitzung könne das Thema wieder aufgegriffen werden und eine Abstimmung erfolgen. Sie schlägt vor, dass die Verwaltung eine Moderation stelle.

Herr Kugel spricht sich dafür aus, dass die Jugendlichen entscheiden sollten, ob sie eine Moderation benötigten und sich bei Bedarf bei der Verwaltung melden sollten.

Frau Gersemann fasst zusammen, dass der Ausschuss über die Anträge der Tagesordnungspunkte 6 und 7 nicht abstimme. Der Ausschuss wünsche sich, dass sich die Gruppen zusammensetzten und einen Kompromiss erarbeiteten. Wenn eine Moderation gewünscht sei, werde die Verwaltung diese organisieren. Auch könne diese bei juristischen Fragen unterstützend tätig sein. Zu einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses werde der Ausschuss ein schriftlich verfasstes Konzept über die weiteren Aktivitäten der jugendpolitischen Arbeit erhalten.

Der Ausschuss stimmt dieser Vorgehensweise **einstimmig** zu.

Frau Gersemann bedankt sich bei allen anwesenden Jugendlichen für ihr Engagement.

**8. Neufassung der Satzung für die Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2017 0243**

Frau Raue stellt die Vorlage vor und verweist in diesem Zusammenhang auf den vorliegenden Dringlichkeitsantrag (Änderungsantrag) der AfD.

Frau Wichmann stellt ihren Antrag vor.

Frau Meinig spricht sich dafür aus, den Übergang von der Krippe zum Kindergarten als letzten Punkt der Rangliste aufzunehmen.

Herr Nijenhof macht darauf aufmerksam, dass es für Bezieher von Arbeitslosengeld II-Leistungen oder junge Mütter/Väter schwer ist, aus der Arbeitslosigkeit heraus bzw. nach Beendigung der Schule eine Berufstätigkeit nachzuweisen und somit in der Rangliste Vorrang zu erhalten.

Herr Niemann erläutert den ersten Punkt der Aufnahmekriterien. Obwohl Eltern zu Hause seien, gäbe es eine Vielzahl von Kindern, die -vom Jugendamt initiiert- für einen Betreuungsplatz bevorzugt würden. Hierbei gehe es sowohl um Förderung als auch um Kontrolle.

Frau Lehrte-Ringelmann bekräftigt, dass der Kinderschutz oberste Priorität haben müsse.

Frau Ruhkopf fragt nach, ob die Fälle, die im Dringlichkeitsantrag beschrieben wurden, unter „sonstige Notlagen“ fallen würden.

Frau Raue bestätigt dies. Der Begriff „sonstige Notlagen“ erlaube es, individuelle Einzelfälle zu berücksichtigen. Eine Priorisierung sei gerade aufgrund der fehlenden Betreuungsplätze erforderlich.

Herr Knauer erkundigt sich, ob Krankheitsfälle bei Eltern nicht unter den ersten Punkt der Aufnahmekriterien mit höchster Priorität fielen. Er verweist zudem auf unterstützende Hilfsangebote wie Pflegestufe, Haushaltshilfe oder Tagesmutter.

Frau Raue erläutert, dass unter die höchste Priorität Fälle, bei denen Jugendhilfe geleistet werde, fallen. Wenn Eltern ihrer Verantwortung nicht mehr gerecht werden könnten, müsse die Priorität gegeben sein.

Frau Ruhkopf erkundigt sich nach der Unterbringung von Flüchtlingskindern. Sprachkurse von Eltern seien auch als Fortbildung zu bewerten.

Frau Raue verweist darauf, dass Flüchtlingskinder natürlich auch Betreuungsplätze erhielten. Es komme aber ggfs. zu Wartezeiten.

Frau Gersemann macht darauf aufmerksam, dass die 2-Jahres-Frist der in 2016 aufgenommenen Flüchtlinge zum Familiennachzug in 2018 auslaufe und dann mit weiterem Bedarf an Betreuungsplätzen gerechnet werden müsse.

Frau Wichmann fragt nach, ob der Impfschutz in der Satzung verankert werden müsse.

Frau Meinig erläutert, dass es bislang nur eine verpflichtende Impfberatung gebe. Bei fehlendem Impfschutz erhalte man keine Sanktionen.

Frau Gersemann bittet um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugendhilfe und Familie empfiehlt dem Rat der Stadt Burgdorf, die dieser Vorlage und dem Originalprotokoll beigefügte Satzung für die Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf zu beschließen.

In die Diskussion im Verwaltungsausschuss und im Rat soll der Dringlichkeitsantrag der AfD vom 28.05.2017 einbezogen werden. Außerdem soll in § 4 Absatz 5, ggfs. unter f) der Satzung das Kriterium „die von der Krippe einer Einrichtung in eine Kindergartengruppe derselben Einrichtung wechseln“ aufgenommen werden.

Familienangelegenheiten/Jugendhilfeangelegenheiten

**9. Kindertagesstätte Ramlingen-Ehlershausen - Betreuungszeitemauserweiterung
Vorlage: 2017 0242**

Frau Raue erläutert die Vorlage.

Frau Wichmann erkundigt sich, ob das Personal in die Entscheidung mit eingebunden wurde.

Dies kann **Frau Raue** bestätigen.

Frau Meinig weist darauf hin, dass der Ortsrat Ramlingen-Ehlershausen die Vorlage einstimmig befürwortet habe.

Frau Gersemann bittet um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender empfehlender

Beschluss:

In der Kindertagesstätte Ramlingen-Ehlershausen wird die Betreuungszeit der Vormittagsgruppe von 12.30 Uhr auf 13.00 Uhr verlängert.

Die Betreuungszeitenänderung wird in der Kindertagesstättenbedarfsplanung 2018 ff. aufgenommen.

**10. Kindertagesstätte Südsterne - Erweiterung des Hortangebotes
Vorlage: 2017 0253**

Frau Raue erläutert die Vorlage.

Frau Gersemann bittet um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender empfehlender

Beschluss:

In der Kindertagesstätte Südstern wird das Hortangebot von 1 ½ Hortgruppen auf 2 Hortgruppen zum 01.08.2017 ausgeweitet.

Die Angebotsausweitung wird in der Kindertagesstättenbedarfsplanung 2018 ff. aufgenommen.

Im Stellenplan 2018 ist eine S 8a Stelle neu aufzunehmen.

11. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

./.

11.1. Anfrage gemäß Geschäftsordnung zur Betreuungs- und Bedarfssituation in der Kindertagesstätte Otze, Anfrage der CDU-Fraktion im Ortsrat Otze Vorlage: 2017 0247

Der Ausschuss nimmt die Info-Vorlage zur Kenntnis.

11.2. Anfrage gemäß Geschäftsordnung zu den Auswirkungen einer generellen Beitragsbefreiung für Kindergartenkinder, Anfrage der CDU Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf Vorlage: 2017 0252

Der Ausschuss nimmt die Info-Vorlage zur Kenntnis.

12. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Frau Gersemann schlägt vor, aus dem Budget „Arbeit für Flüchtlinge“ bei Bedarf Schwimmkurse für Flüchtlinge zu finanzieren.

Einwohnerfragestunde

a) **Frau Wieker** vom Mehrgenerationenhaus Burgdorf e.V. teilt mit, dass bereits seit 3 Jahren vom Verein Schwimmunterricht für Flüchtlinge angeboten werde. Inzwischen würden die Kurse auch gemischt von Männern, Kindern und Frauen besucht. Bereits 8 Kinder hätten ihr Schwimmbzeichen gemacht. Finanzielle Unterstützung insbesondere zur weiteren kulturellen Vermittlung zwischen Vätern und Töchtern könne der Verein gut gebrauchen.

b) Sie weist außerdem darauf hin, dass es Fördermittel für neue Integrationskurse gebe. Diese könnten leider von einigen geflüchteten Menschen nicht wahrgenommen werden, da sie keinen Betreuungsplatz für ihre Kinder erhielten. Die Geflüchteten seien aber verpflichtet, Integrationskurse zu absolvieren. Derzeit lebten 350 Geflüchtete im Rahmen des Familiennachzugs in Burgdorf.

c) Ein Bürger erkundigt sich nach der Konsequenz des Fehlbedarfs an Kindergarten- und Krippenplätzen.

Frau Raue verweist auf die Kindertagesstättenbedarfsplanung. In 2015 und 2016 habe man eine hohe Geburtenrate verzeichnet. Hinzu kämen viele Flüchtlingskinder, die Bedarf an Betreuungsplätzen hätten. Mit den Projekten Neubau Kita Weststadt und Familienzentrum Südstadt seien die Zukunftsprognosen gut. Eine genaue Planung sei jedoch unmöglich.

Geschlossen:

Stadtrat

Ausschussvorsitzende

Protokollführerin